

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Bettina Meier

Schwarzer Juli jährte sich zum dreißigsten Mal

Tamilische Exilorganisationen in vielen Ländern der Welt haben im Juli an den *Black July* von 1983 erinnert. Damals waren zwischen 400 und 3000 Tamilen – die genaue Zahl wurde nie ermittelt – in Colombo von einem singhalesischen Mob getötet worden. Auslöser des Prologs war die Ermordung von 13 Soldaten durch tamilische Extremisten im Norden des Landes. In der darauffolgenden Woche legte eine Welle der Gewalt die Hauptstadt lahm: Hunderte verbrannten in ihren Autos, Zehntausende tamilische Geschäfte und Häuser wurden geplündert und zerstört – Polizei und Militär schauten zu. Sri Lankas damaliger Präsident J.R. Jayawardena zeigte in einer Fernsehansprache keine Sympathie mit den Opfern und bezeichnete die Exzesse als spontane Reaktion auf illegitime tamilische Forderungen. In der Folge gingen Hunderttausende Tamilen ins Exil, die *Tamil Tigers* begannen den bewaffneten Kampf um einen eigenen Staat. Der anschließende Bürgerkrieg sollte 26 Jahre dauern und mehr als 100.000 Tote fordern.

Sri Lanka verstärkt von Naturkatastrophen betroffen

In den vergangenen drei Jahren war Sri Lanka verstärkt von Naturkatastrophen betroffen, und die Intensität der Katastrophen stieg, warnten die Vereinten Nationen im Juni. Im Mai 2013 wütete der Wirbelsturm *Mahasen* im Nordosten Sri Lankas, im Juni ertranken 39 Fischer bei einem Sturm an der Westküste. Lange Dürreperioden, überdurchschnittlich starker Monsunregen sowie gehäuft auftretende tropische Wirbelstürme verursachten Überschwemmungen und Erdbeben: Ernten wurden vernichtet, Häuser und Straßen zerstört. Nach Angaben des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen waren 2012 mehr als 1,3 Millionen Menschen in 20 Distrikten Sri Lankas von Dürre betroffen, 361.000 litten unter akuter Nahrungsmittelsicherheit. Anfang des Jahres 2013 wurde eine halbe Million Menschen durch starke Nordostmonsunniederschläge geschädigt, der gegenwärtige Südwestmonsun hat durch Sturm und Regen schon 58 Menschenleben gefordert. Die Vereinten Nationen warnen, dass die Nothilfevorräte in den vergangenen zwei Jahren wegen ausbleibender Zusagen von Gebern nicht aufgefüllt wurden. Im Falle neuer Katastrophen sei man nicht in der Lage, notleidende Menschen zu versorgen.

Weiterhin Angriffe gegen religiöse Minderheiten

Die Übergriffe buddhistisch-singhalesischer Nationalisten gegen Minderheiten setzten sich im Sommer 2013 fort. Am 18. Juni wurde in Tangalle von der militanten Gruppe *Sinhala Ravaya* Geschäfte von Muslimen angegriffen. Die selbe Gruppe hatte angeblich schon am 17. Juni 2013 eine Gruppe von Zeugen Jehovas attackiert. In der dritten Juliwoche, mitten im Ramadan, wurde die Moschee von Mahiyagana mehrfach angegriffen, betende Gläubige wurden mit Steinen und angeblich auch mit Schweinefleisch beworfen. Am 24. Mai hatte sich ein buddhistischer Mönch aus Protest gegen die Halal-Schlachtungsweise der Muslims und gegen Konvertierungen zum Christentum selbst verbrannt. Die Ausschreitungen gegen Muslime hatten im September 2011 begonnen, als buddhistische Extremisten in der Stadt Anuradhapura einen muslimischen Schrein zerstörten. Im April 2012 wurde in Dambulla eine Moschee durch einen von einem buddhistischen Mönch angeleiteten Mob niedergebrannt.

Neues Mediengesetz vorerst nicht erlassen

Im Juni 2013 schlug das Ministerium für Massenmedien und Information ein neues Mediengesetz vor, das die Freiheit von Print- und vor allem von elektronischen Medien drastisch einschränken sollte. Nach starkem Protest von nationalen und internationalen Medienorganisationen zog Präsident Rajapaksa jedoch den Vorschlag zurück und forderte stattdessen eine Selbstregulierung der Medien. Internet-Medien gehören zu den wenigen Plattformen, die auch regierungskritische Inhalte transportieren. Sie sind zunehmend Repressionen ausgesetzt.

Wahlen zu Provinzräten in drei Provinzen

Am 21. September 2013 finden Wahlen zum Provinzrat in drei Provinzen Sri Lankas statt: 4,3 Millionen Wähler und Wählerinnen sind stimmberechtigt, 3745 Personen kandidieren für insgesamt 143 Sitze in den Räten der Nord-, Nordwest- und Zentralprovinz. Interessant ist die Wahl vor allem, weil sich die Minderheiten Sri Lankas in diesen Gebieten konzentrieren: Die Zentralprovinz hat einen hohen Anteil an aus Indien stammenden Tamilen (sogenannte *Indian Tamil* oder Hochlandtamilen), in der Nordwestprovinz leben

besonders viele Muslime, auch die katholische Bevölkerung konzentriert sich hier. Die Nordprovinz, in der dies die ersten Wahlen seit 1988 sind, ist größtenteils von Tamilen (sogenannten *Sri Lankan Tamil*) besiedelt und war jahrzehntelang unter Kontrolle der *Tamil Tigers*. Seit Kriegsende steht die Nordprovinz praktisch unter militärischer Verwaltung, wegen Sicherheitsbedenken wurden die Wahlen von der Regierung immer wieder verschoben. Ein Wahlsieg der oppositionellen *Tamil National Alliance* (TNA) gilt in der Nordprovinz als sicher. Die TNA hat mit dem ehemaligen Richter des obersten Gerichtshofs, C.W. Vigneswaran, einen hoch angesehenen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten nominiert. Würde die Nordprovinz an die TNA gehen, wäre dies die erste der neun Provinzen Sri Lankas, in der die Regierungskoalition *United People's Freedom Alliance* (UPFA) nicht über die Mehrheit verfüge. Dass die Wahl nun endlich stattfindet, ist nicht zuletzt dem Druck Indiens zuzuschreiben.

Macht der Provinzräte soll beschränkt werden

Im Juni 2013 kündigte die Regierung an, diejenigen Klauseln der Verfassung (das sogenannte *13th Amendment* von 1987), die den Provinzen eine gewisse politische Autonomie zugestehen, ändern zu wollen. Geplant sei zum einen, die Fusion von Provinzen zu verbieten. Damit würde ein theoretisch möglicher Zusammenschluss der Nord- und Ostprovinz, die zusammen 30 Prozent der Fläche Sri Lankas umfassen, verboten. Zum anderen würde die Macht der Provinzen, sie betreffende Entscheidungen der Zentralregierung zu blockieren, drastisch eingeschränkt. Auch die Kontrolle über Polizei und Landverteilung, die laut Verfassung bei den Provinzräten liegt, jedoch bisher von der Zentralregierung nicht übertragen wurde, soll abgeschafft werden. Schon vor Monaten war ein parlamentarischer Ausschuss beauftragt worden, die Modalitäten der Implementierung beziehungsweise Veränderung des *13th Amendment* zu erörtern. Die Oppositionsparteien, allen voran die TNA, boykottierten jedoch den Ausschuss, dem nur Mitglieder der Regierungskoalition UPFA angehören und dessen Sitzungen ständig vertagt wurden. Auch der Druck der außenpolitischen Partner Sri Lankas, vor allem Indiens, könnte die Regierung momentan davon abhalten, die geplanten Änderungen zu realisieren.

Buddhistische Nationalisten gegen Provinzratsystem

Im Vorfeld der Wahlen zu den Provinzräten im September starteten radikal-nationalistische buddhistische

Gruppierungen eine Kampagne zur Abschaffung der Räte. Dezentralisierung komme einer Spaltung des Vaterlandes gleich, der *Indo-Sri Lanka Accord* von 1987, der die Verleihung politischer Rechte an die Minderheiten vorsah, sei ungültig. Die in der Verfassung (*13th Amendment*) vorgesehenen Provinzräte müssten abgeschafft werden. Anfang August protestierten führende Buddhistenorganisationen, darunter die *Bodu Bala Sena*, der *Sangha Council* und der *All Ceylon Buddhist Congress* vor der indischen Botschaft gegen die angebliche Einmischung Indiens in Sri Lankas Angelegenheiten.

Deutsche politische Stiftungen unter Beschuss

Nachdem im Mai 2013 die Vertreterin der Friedrich-Naumann-Stiftung durch die sri-lankische Kriminalpolizei wegen angeblicher regierungsfeindlicher Aktivitäten tagelang verhört worden war, geriet auch die Friedrich-Ebert-Stiftung im Juni ins Visier der sri-lankischen Behörden. Ihre Vertreterin wurde kurzzeitig verhaftet und anschließend daran gehindert, das Land zu verlassen. Beide Stiftungen sind seit vielen Jahren in Sri Lanka tätig: Die Ebert-Stiftung seit 1965, die Naumann-Stiftung seit 1974. „Offenbar handelt es sich hierbei um den Teil einer seit Monaten von der Regierung Sri Lankas gegen deutsche politische Stiftungen und andere Nichtregierungsorganisationen betriebene politische Kampagne, um deren Arbeit zu behindern“, hieß es von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dieses Vorgehen verletze rechtstaatliche Prinzipien. Im Juni hatte die Regierung die Ernennung eines Untersuchungsausschusses bekanntgegeben, der die Aktivitäten von NROs beobachten soll. Man wolle NROs daran hindern, sich unter dem Deckmantel sozialer Arbeit konspirativ politisch zu betätigen und auf einen Regimewechsel hinzuarbeiten, hieß es in einer Erklärung der Regierung. NROs, die sich nicht den rigiden Registrierungsmechanismen beugten, müssten das Land verlassen. Das Büro der Ebert-Stiftung bleibt vorübergehend geschlossen.

Massive Modernisierung des Hafens von Colombo

Anfang Juli 2013 wurde der erste Teil eines neuen, mit chinesischen Geldern finanzierten Containerterminals im Hafen von Colombo eröffnet. Wenn das Terminal im April 2014 fertiggestellt sein wird, wird der Hafen von Colombo zu den 20 größten Containerhäfen der Welt gehören. In nur 30 Monaten Bauzeit wird sich die Kapazität des Frachthafens verdoppelt haben. Riesenfrachter von 500 Meter Länge mit einer Kapazität von

18.000 Containern können dann in Colombo anlegen, kein anderes südasiatisches Land kann Vergleichbares vorweisen. Mit Besorgnis reagiert Indien, das über keine gleichwertigen Häfen verfügt und das die wirtschaftliche Expansion seines Rivalen China im südasiatischen Raum beargwöhnt. Ob sich das gigantische Terminal allerdings rechnet, hängt von der Entwicklung des Warenverkehrs auf dem indischen Ozean und vom Exportwachstum Chinas ab. Außerdem gab die Hafenbehörde Ende Juli bekannt, dass zwischen dem Hafen und der Strandpromenade *Galle Face Green* eine neue Hafenstadt entstehen soll. Auf dem 230 Hektar umfassenden Gebiet, das dem indischen Ozean abgetrotzt werden soll, sind Bürogebäude, Ökoparks, Apartments und Einkaufszentren geplant. Der 1,43 Milliarden Dollar-Deal ging ebenfalls an einen chinesischen Investor.

Elitepolizisten wegen *Trinco Five*-Massakers verhaftet

Anfang Juli wurden überraschend zwölf Angehörige der *Special Task Force* (STF), einer Eliteeinheit der Polizei, wegen mutmaßlicher Beteiligung an dem sogenannten *Trinco Five*-Massaker von 2006 verhaftet. Damals waren fünf Gymnasiasten, die am Strand der im Osten Sri Lankas gelegenen Stadt Trincomalee Fußball spielten, vermutlich von Sicherheitskräften erschossen worden. Gegen die zwölf STF-Angehörigen war schon früher ermittelt worden, jedoch verliefen die Untersuchungen im Sande. Die Regierung Sri Lankas war wegen der *Trinco Five* wiederholt kritisiert worden, zuletzt in der *Universal Peer Review* des UN-Menschenrechtsrates im November 2012. Beobachter bringen die Wiederaufnahme des Verfahrens in Zusammenhang mit dem Commonwealth-Treffen im November 2013, dessen Gastgeber Sri Lanka ist. Offenbar möchte die Regierung Kritik an der Menschenrechtssituation und der endemischen Straffreiheit bei Menschenrechtsverletzungen zuvorkommen.

Filmfestival abgesagt

Die Aufführung und Verbreitung des singhalesischen Films *Flying Fish (Igilena Maaluwo)* ist im Juli plötzlich durch die Regierung verboten worden, nachdem er Staatsbeamten bei der Aufführung während eines von der französischen Botschaft organisierten Filmfests in Colombo missfallen hatte. Das Werk des sri-lankischen Filmemachers Sanjeewa Pushpakumara, der in Südkorea lebt, erzählt drei Geschichten aus der Zeit des Bürgerkriegs. Unter den Protagonisten sind auch Soldaten der Armee und der *Tamil Tigers*. Der 2011 entstandene

Film wurde erfolgreich auf vielen Festivals in Frankreich und Asien gezeigt und lief im Wettbewerb des Rotterdam Film Festivals 2011. Vertreter des Verteidigungsministeriums monierten, der Film sei illegal und verunglimpfe die Sicherheitskräfte und die Regierung Sri Lankas. Er zeige Militäruniformen ohne Erlaubnis des Ministeriums und beleidige die Armee. Der Veranstalter betonte, er habe vor der Aufführung alle erforderlichen Genehmigungen erhalten. Das Festival wurde abgebrochen. Journalistenverbände und internationale Menschenrechtsorganisationen verurteilten das Verbot als erneuten Schlag gegen die Meinungs- und künstlerische Freiheit und als Versuch, Kunst und Kultur zu militarisieren.

Armee erschießt Demonstranten in Weliveriya

Anfang August 2013 wurden bei Bürgerprotesten im Distrikt Gampaha drei Menschen getötet und fünfzig verletzt. Einwohner des Ortes Weliveriya hatten gegen die Verschmutzung des Grundwassers durch eine Chemiefabrik protestiert, angeblich warfen Demonstranten Molotowcocktails und Steine. Die Armee schoss scharf, drei Demonstranten starben, anwesende Journalisten wurden von den Sicherheitskräften angegriffen. Der Vorfall erinnert an die Erschießung eines Arbeiters während eines Protestes in der Freihandelszone Katunayake im Mai 2011, und den Tod eines Fischers durch Polizeischüsse während einer Demonstration gegen steigende Kerosinpreise in Chilaw im Februar 2012.

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte in Sri Lanka

Navatheenam Pillay, die aus Südafrika stammende UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, war Ende August in Sri Lanka zu Besuch. Neben Gesprächen mit Präsident Rajapaksa und weiteren Spitzenvertretern der Regierung stand auch eine Reise in den tamilisch dominierten Norden des Landes auf dem Programm. Insbesondere am 30. August, am Internationalen Tag für die Opfer des gewaltsamen Verschwindenlassens, gingen Tamilen für die Klärung des Schicksals ihrer seit Jahren vermissten Angehörigen auf die Straße und versuchten, der Hochkommissarin persönliche Petitionen zu übergeben. Schon beim Besuch der Vorgängerin von Navi Pillai, Louise Arbour, in Sri Lanka im Oktober 2007 war die große Zahl der Anfragen von Angehörigen von Opfern erdrückend. Die UN *Working Group on Enforced and Involuntary Disappearances* hat aus Sri Lanka die zweithöchste Zahl von Anfragen in ihrer 33-jährigen Geschichte zu bearbeiten. Derzeit handelt es sich um 12.473 Fälle, von denen 5676 bisher ungelöst sind.